



GASTIKOLUMNE VON TANJA SCHWEIGER

## Wie schaffen wir das?

Landrätin Tanja Schweiger stellt sich die Frage, was eigentlich passiert, wenn wir die Integrationsaufgabe lösen müssen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen läuft geordnet ab. Die Erstaufnahmeeinrichtungen funktionieren, die Betreuung durch die Hilfsorganisationen ist beispielhaft. Die Zuweisung an Landkreise ist klar strukturiert und gerecht verteilt. Noch wird Wohnraum für die Unterbringung von Asylbewerbern angeboten, Nachbarn helfen als Behördenwegweiser und Ehrenamtliche kümmern sich um Sprachkurse und Fahrdienste.

In Stadt und Landkreis wurden 35 Übergangsklassen an Grund- und Mittelschulen eingerichtet und in bald 15 Berufsintegrationsklassen werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterrichtet. Die Jugendlichen sind motiviert und gehen gern zur Schule. Das ist wichtig, um schnellstens unsere Sprache zu lernen und eine Tagesstruktur zu bekommen. Das Handwerk steht bereit, junge Menschen auszubilden.

Soweit, so gut. Doch wie geht es weiter? Derzeit leben 1.600 Asylbewerber bei uns im Landkreis. Wir bekommen jede Woche 50 Weitere zugewiesen. Geht das so weiter, haben wir Ende des Jahres 4.000 Asylbewerber im Landkreis. Wo sollen wir diese Menschen unterbringen? Und wenn sie anerkannt sind, müssen sie die Unterkunft verlassen und sich eine Wohnung

suchen. Aber bezahlbarer Wohnraum ist jetzt schon knapp. Rentner, Alleinerziehende und kinderreiche Familien stehen bereits auf langen Wartelisten der Wohnbaugesellschaften. Allein im Landkreis mehr als 500.

## Wie läuft Integration, was ist verpflichtend?

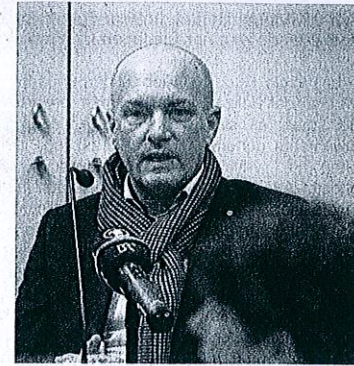
Doch wie läuft die Integration der erwachsenen Flüchtlinge ab? Aufgrund der Vielzahl der Ehrenamtlichen und dem Engagement vieler Vermieter bis jetzt sehr gut. Wenn es so weiter gehen soll, brauchen wir aber auch für die Integration ebenso klare staatliche Strukturen. Es muss für alle Asylbewerber, die in unserem Landkreis wohnen, verpflichtende Angebote für Sprache, Integration oder Beruf geben – auch zur Entlastung der Ehrenamtlichen. In unserer Gesellschaft gehört Schule oder Beruf zum Leben dazu. Wenn wir keine Parallelgesellschaften haben wollen, muss das auch für Asylbewerber gelten. Erst recht, wenn Menschen mit anderen Weltbildern und vielleicht auch falschen Hoffnungen zu uns kommen. Nur so kann ein Miteinander funktionieren.

Ihre Landrätin  
Tanja Schweiger

WoBe 20-01-2016

# Wolbergs: Flüchtlings-Aktion eines Landrats „war daneben“

Regensburg. Als wäre es das Kontrastprogramm zum Neujahrsempfang, wohl auch wegen seiner Äußerungen zum Thema Flüchtlinge: Im vollbesetzten Presseclub wurde Oberbürgermeister Joachim Wolbergs gegrillt. Er schlug sich wie erwartet wacker. Ernst Waller (Lokalchef-Vize der MZ) und Andrea Fiedler (ebenfalls MZ) befragten Joachim Wolbergs zu seinen Befinden. „In einem Interview (mit dem Wochenblatt, d. Red.) sagten Sie, das Amt des OB mache einsam. Würden Sie den Job nochmal machen?“, fragte Fiedler den OB. „Na klar, der Job ist spannend. Und ich will ja auch wiedergewählt werden.“ Mit Einsamkeit habe er etwas ganz anderes gemeint, „nämlich dass man Entscheidungen treffen muss, die nicht jedem gefallen.“ Das mache einsam. Der Job aber, der mache viel Spaß. „Die Stadt ist freier geworden“, ist seine Bilanz bisher. Die größten Enttäuschungen? „Eher persönliche. Wenn Freunde kamen, die man lange nicht mehr gesehen hatte und die dann ankamen und etwas von einem wollten.“ Menschliches also eher. Und auch



politische Enttäuschungen: „Es gibt Leute, die haben hier 18 Jahre regiert und kritisieren jetzt Dinge, an denen sie selbst beteiligt waren. Das finde ich mindestens charakterlos.“ Wen er meinte, sagte Wolbergs allerdings nicht. „Ich habe nie von einer Obergrenze geredet“, stellte Wolbergs klar. „Die Stadt Regensburg kann noch 10.000 Flücht-

linge unterbringen – wir sperren einfach alle Hallen, stellen Feldbetten auf und können darin Menschen versorgen, das können wir auch leisten“, so der OB. „Aber von was ich sprach, ist die Frage, wie man die Menschen hier integriert!“ Das sei die entscheidende Frage, die noch überhaupt nicht geklärt sei. „Denn das geht nicht grenzenlos!“ Und dennoch sagte er: „Das Land trägt 200.000 oder 300.000 – doch „eine Obergrenze kann es nicht geben, weil das Asylrecht ein individuelles Grundrecht ist.“ Eine Obergrenze könne es nicht geben. In Regensburg seien es 300, 400 Menschen, „die wir hier in Regensburg ordentlich integrieren können. Ich rechne dieses Jahr aber mit der selben Zahl wie 2015“ – also nochmals mehr als eine Million Menschen, die nach Deutschland kommen. Die Aktion des Landshuter Landrats Peter Dreier, „Menschen, die geflohen sind, durch die Republik zu fahren, um politische Ziele umzusetzen“, findet Wolbergs „ziemlich spaßfrei.“ Der ganze Text:

Mehr Infos: [wochenblatt.de/346429](http://wochenblatt.de/346429)

WoBe 20-01-2016

Wochenblatt-Magazin

20. Januar 2016

## DAS THEMA DER WOCHE

Warum Landrat Dreier (m) mein Held ist  
Von Christian Eckl



Viel gescholten wurde er, Peter Dreier, Landrat des Landkreises Landshut, für seine Aktion. Mit einem Bus von 31 Flüchtlingen fuhren Mitarbeiter – auf private Kosten – nach Berlin, Dreier folgte in der Dienst-Limousine, weil er noch eine Sitzung leiten musste. Die Reaktionen waren unterschiedlich – in seinem Mail-Fach landeten hunderte von Dankeschreiben, dass endlich mal ein Politiker so viel Arsch in der Hose hat, Angela Merkel vor Augen zu führen, was sie mit ihrem Satz „Wir schaffen das“ und dem offenen Rechtsbruch der Grenzöffnung eigentlich angerichtet hat. Doch es gab auch andere Stimmen.

Dreier wurde unterstellt, Menschen wie Sachen behandelt zu haben, sie für die eigene PR missbraucht zu haben. Doch was stimmt denn nun? Fakt ist: Den 31 Menschen wurde erklärt, warum sie mitfahren sollen nach Berlin. Sie wussten also um die Umstände. Der Regensburger Oberbürgermeister bezeichnete die Aktion als „ziemlich daneben“. Doch auch er wird das Problem in absehbarer Zeit bekommen, auf das Dreier hinwies. Denn bei allen Männern handelt es sich um sogenannte Fehlbeleger in den Notunterkünften. Ihr Asylantrag wurde bearbeitet, sie haben den Status eines Werbers.

Faktisch haben sie nun den Rechtsanspruch eines Obdachlosen. Für den muss die Kommune eine Wohnung zur Verfügung stellen. In Regensburg gibt es bei der Stadtbau den sogenannten Scoring-Wert. Er soll beziffern, wie dringlich der Anspruch eines Mieters ist, eine Sozialwohnung zu erhalten. Je schneller das Bundesamt für Migration in Nürnberg arbeitet, desto mehr Flüchtlinge werden auch in unseren Unterkünften den Status eines Fehlbelegers haben. Ihnen steht dann eine Wohnung zu. Die Stadtbau muss sie dann faktisch dem deutschen Sozialhilfeempfänger vorziehen. Wir sind eine reiche Stadt, können uns viel leisten. Stadion, Theater, Frei- und Hallenbad: Alles kein Problem. Wahrscheinlich wäre es auch möglich, dass die Stadtbau noch mehr Wohnungen baut. Aber das wird lange dauern. Je länger man die Asylbewerber dann in den Notunterkünften belässt, desto wahrscheinlicher sind Auseinandersetzungen. Kein Wunder: Ich würde auch einen Lager-Koller bekommen. So gesehen ist der Landshuter Landrat Dreier der erste Politiker seit langem, der sich um beide kümmert: Flüchtlinge und sozial Schwache.